

Bezugsbedingungen und Einzelgenosse  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindrasstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 282-287  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

16. Februar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindrasstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 282-287

## Volksbegehren vom 4. bis 17. März.

### Die Eintragungsfrist festgesetzt. - Eine Stellungnahme der Reichsregierung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, in der die Eintragungsfrist für das von der Sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei beantragte Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen“ auf die Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt wird.

#### Die Regierung gegen die Enteignung.

Durch Wolffbüreau wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der Sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstenvermögen beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind.

Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen; den Inhalt des Gesetzesentwurfs, der eine völlig einschüchternde Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen und daß dann der weitergehende, mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.

#### Deutschnationale und Fememorde.

##### Beginn der Verhandlungen im Landtagsausschuß.

Der Fememord-Ausschuß des Preussischen Landtags begann heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel (Z.) seine öffentlichen Verhandlungen, nachdem in geschlossener Sitzung bereits vor einiger Zeit die Konstituierung erfolgt war, wobei bekanntlich der Abg. Kuttner (Soz.) zum Berichterstatter bestimmt wurde.

Vors. Abg. Goebel (Z.) führte bei Beginn der Verhandlungen aus: Nach dem ursprünglichen Antrage sollte der Landtag beschließen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Beziehungen zwischen Fememördern, Deutschnationalen, Abgeordneten und Arbeitgeber-Verbänden aufklärt. Der Ausschuß hat also nicht die Aufgabe, die sogenannten Fememorde aufzuklären, die zu den Aufgaben des im Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschusses gehört. Ich halte mich für verpflichtet, hierauf hinzuweisen, weil sonst Mißverständnisse entstehen könnten und eine gewisse Enttäuschung über die Verhandlungen des Ausschusses nicht greifen kann.

Die heutige Sitzung des Ausschusses ist bestimmt zur Beweisaufnahme, und zwar sind in erster Linie Referate vorgesehen vom Vertreter des Innenministeriums und vom Vertreter des Justizministeriums. Dann soll die Vernehmung des Regierungsassessors Dr. Schmidt, des Kriminalkommissars Dr. Stumm vom Polizeipräsidium und des Oberstaatsanwalts Worlach aus Landsberg folgen. Landgerichtsrat Braun hat mitgeteilt, daß er über die Meutereien in Landsberg keinerlei Auskünfte geben könne.

Abg. Obuch (Komm.) verlangt, daß die Vernehmung des Landgerichtsrats Braun-Landsberg doch erfolgen solle, weil dieser Richter Auskünfte über seine Voruntersuchungen wegen der Meuterei im Landsberger Gerichtshaus geben könne. Er stellt auf Anraten des Vorsitzenden seinen Antrag für gegebener Zeit zurück.

Hierauf spricht der Vertreter des Innenministeriums,

#### Ministerialrat Schönner.

Er betont, daß er aus eigener Wissenschaft keinerlei Befundungen machen könne, sondern all seine Mitteilungen aus dem dem Innenministerium vom Polizeipräsidenten erstatteten Bericht und aus sonstigen Akten des Ministeriums entnehme.

Am Dezember 1925 erschienen in verschiedenen Zeitungen Veröffentlichungen, so in der „Frankfurter Zeitung“, dem „Deutschen“, dem „Vorwärts“ und der „Berliner Volkszeitung“, in denen die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dem Zentralverband der Landarbeiter ein Darlehen in Höhe von 5000 M. gegeben habe, und zwar zur Verwendung zugunsten des Oberleutnants a. D. Schulz, der der Beteiligung an verschiedenen Fememorden verdächtig ist und dieserhalb in Untersuchungshaft sitzt. Hierbei wurde der Verdacht angedeutet, daß das Geld für Schulz zum Zwecke einer Beurlaubung angeteilt bestimmt gewesen sei. Da sich aus diesen Veröffentlichungen der Verdacht der Beurlaubung ergeben hat, hat der Polizeipräsident von Berlin ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, in dem eine Reihe von Zeugen eingehend vernommen worden sind. Die Hauptbeteiligten, Abg. Meier (Dnat.) und Behrens (Dnat.) sind in diesem Verfahren noch nicht gehört worden und zwar mit Rücksicht auf ihre Immunität. Nach Abschluß der Vernehmungen hat der Polizeipräsident von Berlin am 12. Januar d. J. eine Verleumdungserklärung gegeben. Dieselbe ging auch ein Bericht über dieses Ergebnis an das Innenministerium, und in diesem Bericht drückt er: In Presseveröffentlichungen im Dezember 1925 war behauptet worden, die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände habe an den Zentralverband der Landarbeiter ein Darlehen von 5000 M. zur Unterstützung des Fememörders und Führers der Schwarzen Reichswehr Schulz gegeben. Am 13. Dezember erfolgte im Gerichtsgefängnis in Landsberg ein vergeblicher Ausbruchversuch zweier Strafgefangener.

Die erklärten, von dem Fememörder und Oberleutnant a. D. Raschel zu seiner Beurlaubung und der der anderen wegen der Fememorde inhaftierten Personen, zu den auch Oberleutnant a. D. Schulz gehörte, gegen Versprechen von 3000 Mark angeklagt zu sein.

Auf Grund dieser Tatsache sowie erneuter Behauptung, daß die Geldmittel von den Arbeitgeberverbänden stammten, wurde eine Untersuchung eingeleitet, die ergeben hat: Der Leiter der Propagandaabteilung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, v. Zenge, ist im Mai 1925 von dem deutschnationalen Abg. Meier, Gewerkschaftsvertreter des Zentralverbandes der Landarbeiterverbände, um die Gewährung eines Darlehens ersucht worden.

Zwischen dem Zentralverbande und dem Oberleutnant a. D. Schulz hat nach Aufhebung der Schwarzen Reichswehr ein Arbeitsverhältnis bestanden, in dem Schulz und der ihm besonders nahe stehende Fememörder Feldweibel Klapproth damals in der Wirtschafts-Abteilung des Zentralverbandes beschäftigt waren.

Herr v. Zenge hat im Mai das Darlehensgesuch des Abg. Meier abgelehnt. Anfang Juni 1925 fanden erneute Verhandlungen statt, an denen von Seiten des Arbeitgeberverbandes die Herren v. Zenge und Dr. Meisinger und auf der anderen Seite Landtagsabgeordneter Meier (Dnat.) und Reichstagsabgeordneter Behrens (Dnat.), sowie Assessor Raschel vom Zentralverband der Landarbeiter teilnahmen. Auf Grund dieser Verhandlungen kam das Darlehen zustande; es wurde später zurückgezahlt. Die Untersuchung hat ergeben, daß dieses Darlehen zur Unterstützung von Schulz verwendet worden ist.

Welcher Art die Unterstützung im ganzen war, steht noch nicht fest; sie soll für die Gefestigung eines Verteidigers verwendet worden sein.

Ob die beteiligten Herren der Arbeitgeber-Verbände gemußt haben, wie die Darlehensgelder verwendet werden könnten, ist nur bezüglich des Herrn v. Zenge wahrscheinlich.

Da diesem bereits früher durch den Abg. Meier ausdrücklich der Zweck, nämlich die Unterstützung des Schulz, angegeben worden ist. Dem Geschäftsführer des Verbandes der Arbeitgeberverbände hat Zenge davon keine Mitteilung gemacht. Zenge selbst bestreitet auch, etwas über die Verwendung des Darlehens gemußt zu haben. Nach seiner Auffassung sollte das Darlehen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände an den Zentralverband der Landarbeiter lediglich den Zweck haben,

Herrn Abg. Behrens und den Zentralverband der Landarbeiter der Arbeitgebervereinigung zu verpflichten.

Der Leiter der Arbeitgebervereinigung, Herr v. Borjig, erklärt, erst nach den Pressemitteilungen Kenntnis von diesem Darlehensgeschäft erhalten zu haben und betont, daß er niemals ein solches Darlehensgeschäft zugegeben haben würde.

Abg. Obuch (Komm.) betont: Der Bericht des Vertreters des Ministeriums des Innern ist doch nur die Wiederholung des bereits in den Zeitungen erschienenen Berichts. Sollte ich aus den Ausführungen des Vertreters des Ministeriums schließen, daß er sonst noch über Beziehungen zwischen Fememördern, deutschnationalen Abgeordneten und Verbänden überhaupt nichts weiß oder daß er dienstlich nichts weiß, daß er auch nach Erteilung des Auftrages zu weiteren Ermittlungen niemals etwas erfahren habe? Ich beantrage, den Vertreter des Ministeriums weiter darüber zu hören.

Abg. Riedel (Dem.) ist der Meinung, er habe aus dem Bericht doch mehr erfahren, als aus der Zeitungsnotiz. Andererseits solle der Ausschuß ja selber Ermittlungen anstellen. Der Abgeordnete behält sich Beweisanträge vor, schließt sich aber dem Vorstoß des Berichterstatters an, die Befragung des Ministerialvertreters so lange auszusetzen, bis auch der Vertreter des Justizministeriums gehört ist.

Abg. Obuch (Komm.) wünscht sofortige Beantwortung seiner Frage. Oder solle der Vertreter des Ministeriums vielleicht Bedenken bekommen oder Gelegenheit zum Einziehen von Erfindungen?

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Obuch abgelehnt.

#### Oberjustizrat Würk

erstattet nunmehr den Bericht des Justizministeriums. Er führt aus: Herr Meier, einer der Geschäftsführer des Landarbeiterverbandes, wandte sich im Mai 1925 an Herrn v. Zengen von der Leitung der Arbeitgeberverbände mit der Bitte, ihm ein Darlehen von 5000 M. zu gewähren, um dem inhaftierten Oberleutnant Schulz die Möglichkeit der Verteidigung, besserer Verpflegung, Beschaffung von Material und dergleichen zu geben. v. Zengen kannte nach seiner Angabe den Schulz nicht und erkundigte sich, was Meier für ein Interesse daran habe. Meier erklärte ihm, Schulz läge in Haft wegen Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Küstriner Putz standen.

Darauf erklärte v. Zengen, dafür keine Darlehen gewähren zu können. Im Juni 1925 trat dann der Geschäftsführer der Fürsorgestelle für Landeserzeugnisse, einer Unterabteilung des Fürsorgestellen für Landeserzeugnisse, einer Unterabteilung des Landarbeiterverbandes, Herr Maletke, an Herrn v. Zengen heran. Er war in der Leitung der Fürsorgestelle für Landeserzeugnisse, die infolge der Inflation in Schwierigkeiten geraten war. Es war ein Wechsel von 5000 M. fällig.

Am 6. Juni wandte sich also Maletke an Herrn v. Zengen mit der Bitte um ein Darlehen von 5000 M. Dieser erklärte sich grundsätzlich nicht abgeneigt, sagte aber, er müsse zunächst seine Vorgesetzten fragen, stellte aber die Gewährung eines zinslosen Darlehens auf zwei Monate in Aussicht und eventuell auch eine Prolongation.

Einige Tage später trafen sich dann eine Anzahl Herren aus ganz anderem Anlaß in einem Lokal: Spudikus Meisinger und Geschäftsführer v. Zengen vom Arbeitgeberverband, die Herren Behrens, Meier und Maletke vom Landarbeiterverband. Dabei wurde, beim Hin- und Hergehen aus dem Lokal, belläufig auch das Darlehen für Schulz erwähnt. v. Zengen, der angibt, er habe nicht an das für Schulz, sondern an das zweite von Maletke erbetene Darlehen gedacht, verwies Meier an Maletke. Jedemfalls wurde ein Darlehen von 5000 M. vom Arbeitgeberverband an den Landarbeiterverband gewährt und zur Begleichung der Wechselschuld benutzt.

## „Nationale“ Intimitäten.

### Enthüllungen eines Beteiligten.

Reichswehrminister Geßler hat vor kurzem den bitteren Ausdruck eines hohen Offiziers über die vaterländischen Verbände zitiert: Ihr militärischer Wert erschöpfe sich in dem, was früher die Köchinnen vom Militär verlangten: Musik, Paradebrauch und Liebe. Dieses Urteil mutet noch milde an, wenn man die Broschüre liest, die der ehemalige Pressewart und Organisator im Landesverband Pommern des Werwolf, Robert Koch-Stettin, über seine Erlebnisse bei dieser Organisation veröffentlicht hat. (Ein Jahr Werwolf, Agis-Verlag Wien 1926). Man möchte die dort geschilderten Zustände nicht glauben, wenn nicht alles im einzelnen belegt und namentlich durch gewisse Parallelfälle bestätigt würde: man erinnere sich beispielsweise, daß die Wulle und Kube von der Deutschpölitischen Freiheitspartei den damals genau 19jährigen (!) späteren Fememörder Grütze-Lehder als ihren Beauftragten nach Pommern schickten, um die dortige Partei zu reorganisieren!

Der Verfasser der vorliegenden Schrift hat als befohlener Agitator des Werwolf in der „nationalen“ Hochburg Pommern tiefen Einblick in das Treiben der vaterländischen Verbände, des Stahlhelm, Werwolf, Schlageter-Bundes, Lüchow-Bundes, A.D. und wie sie alle heißen, erhalten und — mit seinen eigenen Worten zu sprechen — erfahren, „daß die ganze aufgeblähte schwarz-weiß-rote Kampfbewegung nur aus Intrigen der unendlich vielen kleinen und kleinsten Führer besteht“. Sein Urteil gipfelt in den Worten: „Diese sogenannte „vaterländische“ Bewegung, die nur auf dem Ehrgeiz einiger großer Drahtzieher und hundert kleiner „Führer“ aufgebaut ist, wird sich nie ändern. Sie hat sich in den fast drei Jahren, in denen ich in ihr arbeitete und bis in die höchsten Stellen durchblühte, nicht vom Schmutz befreien können, sie wird es auch in diesen Formen nie können; denn das, was sich heute mit so heiligen Namen schmückt, ist alles andere als wirklich national. Es ist nur ein Ränkepiel um Macht zur rücksichtslosen Befriedigung eines persönlichen Ehrgeizes.“

Das Motiv der führenden Persönlichkeiten ist überall das gleiche: sie möchten eine gesellschaftliche Rolle spielen, in den exklusiven Kreis der Pommerischen Junker und hohen Offiziere aufgenommen werden, über die sie sich hinter ihrem Rücken als „veraltete Erzellenzen“ lustig machen. Irgendein ehrgeiziger Zahnarzt leidet an seinem bürgerlichen Namen, ein Drogist, der in der großen Zeit die Gelegenheit zum Heldentod gänzlich verabäumdete, möchte doch wenigstens in der Nachkriegszeit sich mit einer Uniform und einem Majorsstiel schmücken. „Ich bin Offizier im Stahlhelm“, so verteidigt sich ein nationaler Komdy, als die Polizei seine Personalien feststellen will.

Es sind aber zum großen Teil nachgemachte Offiziere. Von dem einen wird erzählt, daß er gerade noch acht Wochen vor Friedensschluß bei der Marine — natürlich in der Heimat — Dienst getan habe, wofür er aber nun im Werwolf zum „Führer der Frontkämpfergruppe“ avanciert. Ein anderer, der sich „herr Hauptmann“ titulieren läßt, hat in Wahrheit vor dem Krieg als Leutnant seinen schlichten Abschied bekommen und ist nach Amerika gegangen, woher er erst nach Kriegsende zurückgekommen ist. Von einem Dritten wird erzählt, daß er sogar zwar Leutnant nenne, aber nie Offizier gewesen sei und sogar Gelder unterschlagen habe. Natürlich passen diesen Leuten wirkliche Kriegsteilnehmer nicht, sie werden herausgedrängt zugunsten noch halb kindlicher Burken, die dann nach Kräften gemißt und zu stupidem Gehorsam gegen diese „Vorgesetzten“ gedrillt werden. In einer sehr schönen Szene wird dargetan, wie ein total betrunkener Ortsgruppenvorsitzender einen 15jährigen Nootzen auf die „heiligen Ziele“ des Werwolf vereidigt.

Fast auf jeder Seite ist von Unterschlagungen die Rede. Kaum ein Führer, der nicht den anderen beschuldigt, sich „billiges Taschengeld“ verschafft zu haben. Allerdings kein Wunder, wenn man von Monatsgehältern von 50 und 100 M. liest. Das gegenseitige Verdächtigen gehört überhaupt zum Wichtigsten in der nationalen Tätigkeit: hinter verschlossenen Türen natürlich — die Tapferkeit wirkt sich hauptsächlich hinter verschlossenen Türen gegen Abwesende aus.

In einem Fall sucht die Werwolf-Leitung einen Schreiber im Stahlhelmbureau zu veranlassen, ihr „Material“ zu „liefern“. „Ein nationaler Verband“, schreibt der Verfasser, „bestreite in gemeinster Weise den andern“. Alle möglichen Anschuldigungen werden „hintersherum“ verbreitet, das Vorleben der einzelnen wird ausspioniert:

„Einer wußte immer noch mehr als der andere, und das Gemeinste war die Hinterlist, mit der zu Werke gegangen wurde: vor den Augen die größte Höflichkeit und die vollendeten Kavalliers, und nachher die übelsten Reden. Kam „Kamerad A.“ hin, so überhäufte man ihn mit Aufmerksamkeit. Kaum war er fort, da wurde über ihn hergezogen, daß er nicht ganz normal sei und man sein Benehmen nicht mehr mitanhören könne. War „Kamerad B.“ da, so war man geehrt, fünf Minuten später war er nur der Paradekavalier, der zwar eine gute Figur habe, aber sonst fast und zu nichts zu gebrauchen ist. Kam H. aus D., dann wußte man nicht, wieviel Ehre man dem „Herrn Kameraden“ antun sollte. Kaum war er wieder fort, dann drohte man, den verlassenen Kerl, wenn er nochmals komme, glatt rauszuschmeißen. In diesem Sinne spielte sich nur noch die große schwarzweißrote Kameradschaft ab.“

Auch das weibliche Element spielt hier eine besondere Rolle. Sehr bald fiel es dem Verfasser auf, daß sein „Kampf-



verband" viel mehr Geld für Agitation unter den Frauen, als unter den Männern habe. Wir sehen dann die weibliche Hauptagitatorin auftreten, die sich ihrer „Hochzeitsreisen“ mit gewissen Werwolfshörnern rühmt — und auch der gesundheitlichen Folgen dieser Verhältnisse. Dafür versteht sie es besonders gut, mit leuchtenden Augen zu den „deutschen Schwestern“ von „heiliger germanischer Keuschheit und Reinheit“ zu sprechen. Auch bei gemeinsamen Jugendwanderungen gehen allerhand Dinge vor, und der Verfasser weiß zu berichten von pikanten Erlebnissen während des „heiligen völkischen Nachtlagers unter dem Totenkopfbanner“. Gegenseitige Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagungen werden nicht wenig erwähnt. Meist allerdings tragen geheime „Ehrengerichte“, um durch private „Disziplinarverfahren“ die Standale unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu vertuschen.

## Hanswurst in Front.

Wie die SPD. gegen die Sozialdemokratie für den Volkseinsatz kämpft.

Die SPD. hat eine neue urkomische Methode erfunden, Kämpfe zu führen und Siege zu erfechten. Zu diesem Zweck erfindet sie sich zunächst einen drohenden „Arbeitererrat“ des sozialdemokratischen Parteivorstandes oder der „rechten SPD.-Führer“. Dann tobt sie in ihrer Presse tagelang dagegen und ruft die „sozialdemokratischen Arbeiter“, die das blöde Zeug gar nicht lesen, auf, Schulter an Schulter mit den Kommunisten den Kampf gegen diesen „Berrat“ zu führen. Stellt sich nach ein paar Tagen heraus, daß alles nur dummes Schwindel war, nun hat eben die Wachsamkeit der SPD. einen Triumph errungen und „die sozialdemokratischen Arbeiter“ haben über „die rechten SPD.-Führer“ gesiegt.

Nach dieser Methode wird jetzt das angebliche Komplott der „rechten SPD.-Führer“ gegen den Volkseinsatz aufgezo-gen. Nachdem der Volkseinsatz einmal eingeleitet ist, läuft er ganz automatisch ab; selbst wenn der eine oder der andere den Wunsch haben sollte, es bei der Regelung der Materie durch den Reichstag bewenden zu lassen, bestände gar nicht die Möglichkeit dazu. Das Geschrei der „Rechten Fahne“, der Volkseinsatz sei in Gefahr, ist also vollkommen überflüssig und sinnlos.

Selbstverständlich werden die Listen ausgelegt werden. Selbstverständlich wird die Sozialdemokratische Partei ihre ganze Kraft darein setzen, bei der Unterzeichnung des Volksbegehrens einen möglichst glänzenden Erfolg zu erzielen. Selbstverständlich wird sie dann beim Volkseinsatz selbst ihr Wehrstück tun, um den letzten Mann und die letzte Frau an die Urne zu bringen.

Urkomisch ist nun zu sehen, wie die „Rote Fahne“ so tut, als sei all dies Selbstverständliche in Frage gestellt, wie sie sich einen Kampf konstruiert, über dessen Stellen sie ihren Lesern in atemraubender Spannung berichtet. So liest man z. B. im heutigen Bulletin:

Als ein günstiges Zeichen dafür, daß die sozialdemokratischen Arbeiter wieder ihren Standpunkt durchsetzen werden (!), kann die Tatsache verzeichnet werden, daß die Verhandlungen zwischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und den bürgerlichen Parteien, entgegen der ursprünglichen Absicht, am gestrigen Montag nicht fortgesetzt wurden. Aber es wird gemeldet, daß sie am Mittwoch weitergeführt werden sollen. Der „Vorwärts“ schweigt. Und der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich noch nicht geäußert.

Der „Vorwärts“ schweigt? Sofort, wie die Leute von der „Roten Fahne“ das neue Theater anfangen, ist hier festgestellt worden, daß das ganze angebliche „Komplott der rechten SPD.-Führer“ nichts als eine kommunistische Phantasie ist. Es ist ebenso deutlich gesagt worden, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Reichsausschuß sich ihre Taktik nicht von der „Roten Fahne“ vorerschreiben lassen, sondern daß sie selbstverständlich auch im Reichstag in der

Frage der Fürstenvermögen so viel wie möglich herauszuholen versuchen werden. Wer das nicht versteht, wurde hier gesagt, habe ein Brett vor dem Kopf.

Das nennt die „Rote Fahne“ „Schweigen“! Wie erklärt sich das? Sie schreit so laut, daß sie ihr eigenes Wort nicht versteht, geschweige denn ein fremdes. Wir haben sie neulich gewarnt, sie würde sich durch ihr Schreien noch einen Bruch zuziehen; jetzt ist ihr richtig das Trommelfell geplatzt.

Trotz alledem wird, glauben wir, jeder Arbeiter den Unterschied zwischen uns und den Kommunisten sehr gut verstehen. Es ist, um das Problem auf eine ganz klare Formel zu bringen, der Unterschied zwischen Politik und Hanswursterei.

## Das Material über Fememorde.

Ein beängstigendes Dementi.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für Fememorde, Schwarze Reichswehr usw. hat an alle zuständigen Ministerien des Reichs und der Länder das Ersuchen gerichtet, alles Material über diese Dinge, das im Besitze der Ministerien sei, dem Untersuchungsausschuß zur Förderung seiner Arbeit zu übermitteln. Eine Pressemeldung hatte nun behauptet, daß das Reichsministerium des Innern (Reichskommissariat für öffentliche Ordnung) eine Denkschrift zu dieser Frage für den Untersuchungsausschuß ausarbeite.

Mit merkwürdigem Eifer wird diese Pressemeldung von zuständigen und beteiligten Stellen dementiert und dahin eingeschränkt, es werde geprüft, ob im Reichsministerium des Innern solches Material vorhanden sei, und wenn ja, dann würde dieses Material dem Untersuchungsausschuß übermitteln werden.

Dieses Dementi mutet geradezu tragikomisch an. Denn wer wäre derjenige, das Material über alle Einschläge auf die Republik zu sammeln und zu beschaffen, als das Reichsministerium des Innern samt dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung? Da sollte doch nicht erst eine „Prüfung“ notwendig sein, ob solches Material vorhanden ist, sondern es müßte einseitig genügen, die Registratur anzuweisen, die Aktenbände schonbald dem Untersuchungsausschuß des Reichstages vorzulegen. Es müßte...! Aber es muß nicht.

## Das Verhör des Fememörders.

Er leugnet vorläufig.

Der am Sonntag verhaftete Fememörder Peter Umhofer stand in seiner ersten am Montag erfolgten Vernehmung, daß er dem Mordkommando des berühmtesten Mörders, Oberleutnant von Pannewitz angehört hat. Umhofer gibt ferner zu, von den Morden gewußt zu haben. Er wird beschuldigt, den Feldwebel Wilms nach Rathenow verschleppt und zusammen mit dem Feldwebel Büsching erschossen zu haben. Die Leiche dieses Fememörders wurde bereits vor Monaten in der Havel nahe Rathenow angeschwemmt; sie war mit Eisenstücken beschwert. Der Kopf des Toten wies zwei Schußverletzungen auf, die sofort tödlich gewirkt haben müssen. Umhofer bestreitet vorläufig, die Tat selbst ausgeführt zu haben.

## Verurteilter Frankenfälscher.

Vier Monate Gefängnis in Hamburg.

Hamburg, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Hamburger Schöffengericht wurde am Montag der im Dezember verhaftete und der Frankenfälschung verdächtige ehemalige österreichische Fliegerleutnant Edmund von Ditschwarz abgeurteilt. Der Angeklagte stand mit dem in Holland inzwischen festgesetzten ungarischen Oberst Jankowitsch in ständiger Fühlung und betrieb in Gemeinschaft mit ihm das verbrecherische Geschäft. Als er in Hamburg verhaftet wurde, kam er aus Kopenhagen, wo von ihm eine ganze Reihe von falschen Tausendfranken-Scheinen in den Verkehr gebracht worden waren. Die Polizei fand bei seiner Festnahme von den in seinem Besitz befindlichen 500 Scheinen in dem Doppelboden eines Koffers noch 105 Stück. Der Angeklagte erklärte vor Gericht, daß er aus uneigennütigen politischen Motiven gehandelt habe. Als

Angehöriger einer politischen Organisation sei er zum Gehorsam verpflichtet gewesen. Das Gericht verurteilte Ditschwarz wegen Verbreitung von Falschgeld zu 4 Monaten Gefängnis und wegen Fahrgelohes zu 300 Mark Geldstrafe.

## Teleki sagt aus.

Die Verführung durch den großen Unbekannten. — Die technischen Schwierigkeiten werden ausprobiert.

Budapest, 16. Februar. (B.Z.) Ueber die politische Vernehmung des Grafen Teleki verurteilt: Teleki habe vor der Polizei angegeben, vor etwa vier Jahren habe ihm gegenüber Prinz Windischgrätz erwähnt, irgendein Ausländer sei mit einem Geldfälschungsplan an ihn herangeraten. Er, Teleki, habe diese Idee sofort auf das entschiedenste zurückgewiesen und als absurd bezeichnet. Da jedoch das Fallentlassen derlei phantastischer Pläne am einfachsten durch den Beweis der technischen Unmöglichkeit der Durchführung erzielt werden könne, habe er Windischgrätz einen Sachverständigen der Vertriebsfertigkeit empfohlen, und zwar den Angestellten des Kartographischen Instituts, Gerö, den er als vorzüglichen Fachmann genannt habe. Er habe Gerö, als er ihn zu Windischgrätz schickte, empfohlen, nach einem abschließenden Gutachten keine weiteren Beziehungen zu Windischgrätz zu unterhalten. Gleichzeitig habe er, Teleki, auch der Polizei Mitteilung gemacht, daß er von dem Plan Kenntnis erlangt habe. Nach dem Besuch bei Windischgrätz habe ihm Gerö die beruhigende Meldung erstattet, die Ausführung des Planes stöße auf unüberwindliche technische Schwierigkeiten. Er, Teleki, sei daher überzeugt gewesen, daß die Idee im Keime erstickt sei.

England für Bethlen.

London, 16. Februar. Zu der Nachricht, daß der ungarische Premierminister Bethlen seinen Rücktritt erwäge, weil er angeblich in seinem Kabinett und beim Reichsoberweser nicht genügend Unterstützung finde, um die Unterzeichnung in der Frankenfälschung-affäre durchzuführen, berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, man hoffe in London zuversichtlich, daß dieses Gerücht sich nicht bewahrheiten werde. Kein anderer magyarischer Staatsmann genieße ein solches Vertrauen in England wie Bethlen (!). Man wünsche, daß keine fremde Macht ihre Forderungen und Drohungen soweit treibe, daß Bethlens Stellung schwierig werde.

## Belagerungszustand in Rumänien.

Unterdrückung der Opposition bei den Gemeindevahlen.

Bukarest, 16. Februar. (E.P.) Auslösch der Gemeindevahlen kam es in zahlreichen Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern der Regierung und der Opposition. Militär wurde eingesetzt. Die Regierung hat den Belagerungszustand verhängt. Sie macht alle Anstrengungen, um eine rechtzeitige Einreichung der Kandidatenlisten der Opposition zu verhindern. Sie hat bereits in 3000 Gemeinden die liberale Liste ohne Wahlgang für gewöhnlich erklärt, weil die Opposition die Frist „veräumt“ habe.

Auch Studentenumruhen.

Bei den Studentenumruhen in Bukarest wurden ein Offizier, 24 Soldaten und 4 Studenten verwundet. 34 Studenten wurden verhaftet. Die Regierung hat zur Aufrechterhaltung der Ordnung Infanterie- und Kavallerieabteilungen eingesetzt und die Zensur verschärft.

Dzjowoski bleibt. Nach einer T.U.-Nebung wird im Warschauer Außenministerium erklärt, daß der polnische Gesandte in Berlin, Dzjowoski, nach Berlin zurückkehre und vorläufig auf seinem Posten verbleibe.

Neue belgisch-russische Verhandlungen. „Peuple“ meldet, der belgische Ministerrat habe die Möglichkeit ins Auge gefaßt, die Aktion zu erweitern, die in London auf die Initiative von Hymans, als dieser Außenminister war, unternommen wurde mit dem Ziele, so normale Handelsbeziehungen wie nur möglich mit Sowjetrußland zu sichern.

## Das Spiel von Tod und Liebe.

„Jeder Dichter muß ein Sohn der Revolution von 1789 sein.“ Victor Hugo, der auf seinem Kissen stets ein Papierblatt liegen hatte, um die tiefsten Gedanken aufzuzeichnen, die ihm die stille Nacht eingab, schrieb diesen Satz. Und er schrieb weiter, er, das pompöse Genie, daß diese Revolution von 1789 durch Gott gemacht worden sei. Gott wäre aber nichts anderes als das französische Volk, das die ungeheure Entleerung empfing und dankbar gebraucht. Romain Rolland, den wir eben ehrten, weil er die Schwelle zum Greifen aller fröhlich und verheißend überschritt, ist voll von dergleichen Ideen. Auch er hat diese Revolution gerechtfertigt, weil ihm scheint, es sei dort zum erstenmal in der Weltgeschichte der Gedanke des klaren Menschenrechts aufgelebt. Traum, den man schon früher gehabt hatte, Biston, die schon früher aufgegangen war, all dies Chaotische und Schmarbische habe zum erstmaligen Daseinsrecht gewonnen. Wenn auch der Terror gekommen war, und die Bestialität, des Menschen gefährlichster Trieb, sich um 1793 und 94 ausstobte, so wäre doch die Lehre der Freiheitstämpfer unvergänglich und unsterblich.

Rolland hat viel über dieses Problem gegrübelt. Soweit er dramatisch dichtete, dichtete er Revolutionsdramen. Und dieses kleine „Spiel von Tod und Liebe“, in dem das Kleine Theater ihn ehrte, wandelt das Problem ab. Die Tat des Kleinen Theaters ist übrigens lobenswert. Die übrigen Bühnen können es nicht mit ihrem Rapportverein vereinen, daß sie solche Pflicht der Dankbarkeit erfüllen. Gerade darum, weil Rolland nicht blindwütig den Terror preist, weil er ihn zeigt in seiner Größe und Gefährlichkeit, ist dieses theatralische manöval verjagende, aber gedanklich stets schwebende Revolutionsstück losbar. Der Mann des Geistes schafft die Revolutionär des Geistes, dessen Blut plötzlich vor den Körper des Konvents erstarrt. Der Mann des Geistes kann nicht vorwärts über all die Leiden. Er will haltmachen. Das Schicksal hilft ihm und schadet ihm zugleich. Er entdeckt, er, ein alternder Mann, daß seine junge Frau einen jungen Mann liebt. Der Junge ist kein Freund der Revolution, aber Gesicht und Augen und Mund — nein, der banale Ehezwist wird vermieden. Alles erhebt sich ins Sinnvolle und Ewige. Die Frau, die eben noch imstande gewesen wäre, den Ehebruch zu vollziehen, bleibt bei dem Gatten. Der Junge, der zur Revolution untüchtig war, darf sich allein reiten. Siegen muß die Idee, tragisch und groß. Rolland gestaltet diesen Gedanken mit der großen Energie, die ihn auszeichnet.

Zwei Schauspieler, Gerda Müller und Albert Steinrück, spielen das bedrohte Paar. Eigentlich sehr sanft, beinahe taffend, gar nicht großsprecherisch. Die Aktrise ist Beredsamkeit des Herzens. Was bei Rolland publizistische Theorie war, vertieft sich bei den beiden Schauspielern. Dadurch gewinnt die Aufführung an großem Zug.

Max Hochdorf.

Arthur Schnabel wird im IX. Konzert der Volkshöhne, Sonntag, 21. Februar, mittags 1/2 Uhr, im Theater am Schauspiel (verlegt vom 22. November) Brains Variationen und Ruse über ein Thema von Händel, Sonate P-Roll und Schuberts Sonate G-Dur zum Vortrag bringen.

Die Galerie Mathisen eröffnet am 22. in ihren neuen Räumen, Bellemeistr. 14, ihre Daumier-Ausstellung.

## Die vierte Dimension.

Wir berichteten kürzlich über den Prozeß des Geheimrats Moll, der von der Anklage, ein Medium durch temperamentvolle Leutenungen seines Unglaubens beleidigt zu haben, freigesprochen wurde. Dieser Prozeß lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit wieder einmal auf die Okkultisten, Spiritisten und sonstige „Isten“ und ihre Medien mit angeblich übernatürlichen und übernatürlichen Kräften, deren geheimnisvolle Offenbarungen aus einer unseren Sinnen nicht zugänglichen Welt mit gläubigem Staunen hingenommen werden. Prof. Moll hat zugestanden, daß sich grundsätzlich gegen die Möglichkeit solcher Ereignisse gar nichts sagen läßt. Damit hat er sicherlich recht. So näherne Leute wie die Mathematiker sprechen ja auch sehr ernsthaft von der vierten Dimension, und man braucht sich ja nur zu vergegenwärtigen, was mit dem Ausdruck, unser Raum hat drei Dimensionen, eigentlich gemeint ist. Er bedeutet weiter nichts, als daß jeder Punkt des Raumes durch drei Zahlen, welche seine Entfernungen von drei aufeinander senkrechten Ebenen angeben, bestimmt ist. In der Ebene kann jeder Punkt durch zwei Zahlen, seine Entfernungen von zwei aufeinander senkrechten Linien, bestimmt werden; daher ist die Ebene ein zweidimensionales Gebilde.

Grenzen wir in der Ebene eine Figur, etwa ein Quadrat ab, so kann ein außerhalb befindliches Gebilde nicht anders als durch eine der Seiten hineingelangen, und ebenso kann ein Gebilde, das sich im Quadrat befindet, nur durch eine der Seiten herausgebracht werden, wofür es sich nicht über die Ebene in den Raum, in die dritte Dimension, erhebt. Stellen wir uns nun flächenhafte, also zweidimensionale Wesen vor, die in einer Ebene leben und keine Anschauung von der dritten Raumdimension haben, so müßte ihnen das plötzliche Erscheinen von Gegenständen, die außerhalb des Quadrats waren, in seinem Innern als Wunder erscheinen, da sie ja eine Anschauung der dritten Raumdimension, wie wir dreidimensionale Menschen, nicht haben. Aber wir wären wohl imstande, einen Gegenstand aus dem Innern des Quadrats in die dritte Dimension zu erheben, ihn für jene Wesen verschwinden zu lassen und ihn außen niederzusehen, wie wir auch Gegenstände von außen auf gleich geheimnisvolle Weise in das Innere zu schaffen vermöchten.

Wir können uns nun jedenfalls denken, wenn auch nicht anschaulich vorstellen, daß eine unserer Sinnen nicht wahrnehmbare vierte Dimension existiert und zugleich Wesen, denen diese vierte Dimension so zugänglich und vertraut ist wie uns die dritte. Diese Wesen wären also imstande, in ein geschlossenes Zimmer, ohne die Tür zu berühren, plötzlich Gegenstände von außen hineinzubringen und ebenso Gegenstände aus ihm verschwinden zu lassen, alles mit Hilfe der uns unzugänglichen vierten Dimension. Grundtätlich läßt sich dagegen gar nichts einwenden, und wenn Okkultisten und Spiritisten Gessellen davon finden, zu glauben, daß solche Dinge wirklich geschehen, kann ihnen niemand das verwehren und die Unmöglichkeit beweisen. Wir anderen aber werden die Offenbarungen der Geister und Spirits aus der vierten Dimension so lange für Humbug und Unfug und Spekulation auf die Dummheit und Leichtgläubigkeit halten, als diese Offenbarungen sich auf alberne Kinderchen wie Steine werfen, Reifen und Blumen verschwinden und wieder erscheinen zu lassen und ähnliches trüchliches Zeug beschränken, die den geistigen Kräften dieser übermenschlichen Wesen ein sehr schlechtes

Zeugnis ausstellen, und wir werden uns dabei an die zahlreichen bemühenden Betrügereien erinnerter Medien und die noch zahlreicheren Taschenspielerkunststücke erinnern, die wir in unserer Jugend gesehen haben, die die wunderbaren Leistungen der Medien zum Teil in den Schatten stellen, im übrigen ihnen mindestens gleichkommen, ohne daß die Meister der schnellen Handgriffe, die sie vorführten, uns zumuteten, an Zauberei und übernatürliche Kräfte zu glauben.

Arbeiterjugend und Tanzkunst. Am Sonntag fand der Schlußabend der Vortragsreihe unserer „Sozialistischen Arbeiterjugend“ über das Thema „Arbeiterjugend und Kunst“ statt. Der Gen. Hilfer, welcher über das Gebiet „Arbeiterjugend und Tanzkunst“ sprach, führte aus, daß in der Jugendbewegung wohl der Gesellschaftsstand verpönt ist, dafür aber um so mehr der Volkstanz gepflegt wird. Dieser ist mit dem Wachsen der alten Wandervogelbewegung wieder aufgefunden und spielt heute in den freien Stunden der Jugend eine recht große Rolle. Tanz ist Bewegung, ist Ausdruck des Gefühls und inneren Erlebens. Aus dem Volkstanz hat sich der Gesellschaftstanz und aus diesem der Kunststanz entwickelt. Der urwüchsige Tanz, der Volkstanz, ist entstanden aus dem Erleben des Volkes, aus seinem Empfinden und Fühlen. Während im ursprünglichen Volkstanz die Phantasie des einzelnen zum freien Ausdruck gelangt, wird im Gesellschaftstanz die Bewegung in feste Formen gepreßt, die schulmäßig erlernt werden müssen. Der Kunststanz hingegen hat sich bald zu einer bloßen Ausdeutung von Musik entwickelt, die in bestimmte Bewegungen gefaßt ist. (Ballett). Neuerdings aber hat wieder der körperliche Rhythmus, der Rhythmus der Bewegung, den ersten Platz im Kunststanz eingenommen. Und damit nähert er sich wieder dem Ursprung des Volkstanzes, nämlich Ausdruck des Körpergefühls zu sein. Wahre Tanzkunst vermittelt dem Volke die Empfindungen des Tänzlers, und diese wieder müssen gewachsen sein aus dem Volksganzen. Der Abend, der begeistert schloß, gab jedem die Erkenntnis, daß in der Arbeiterjugend der Wille vorhanden ist, auch auf diesem Gebiet neues zu schaffen.

F. R.

Ueber „Somarra in Mesopotamien“ (spricht am 17. abends 8 Uhr, Prof. Sarras im Foyer der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, im Schloß (Gang gegenüber dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal). Eintritt nur gegen Karten.

Der „Hahnbai bei Jäger“ findet am 20. Februar in ähnlichen Räumen des Sport-Palastes statt. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen von Prof. Heinrich Jäger, Viktor Schwanitz, Carl Ballauer, C. R. Koellingshoff.

Wissenschaftler Verein. Mittwoch, den 17. abends 8 Uhr, spricht im großen Saal der Universität 34/36, Dr. W. Andrae über: Die Städte der Assyrer und Babylonier. Der Vortrag ist öffentlich. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Karten am Saalingang.

Die Nachvollziehung der Kunst. Die Nacht der Nächte“ muß infolge Erkrankung von Frau Wally Chelians und Herrn David Paulsen vorläufig verjodet werden.

Auf der Februar-Ausstellung des Saal, Volksamer Str. 134, sind expressionistische Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen von Hugo Schelber und Arnold Lopp ausgestellt. Die Ausstellung ist täglich von 10-6 und Sonntags von 11-2 Uhr geöffnet.



# Was geht bei der Reichsbahn vor?

## Erneuerung der Schnellzugzuschläge?

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft steht heute im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik. Ihre Wirtschaft und Personalpolitik ist für den Laien unverständlich und wirkt auf den Sachmann katastrophal. Ein Unglück jagt das andere; Menschenleben sind bei der Eisenbahn wohlfeil wie alte Kiesel. Die Ausnutzung des Personals grenzt an das Unmögliche.

Durch verbindlich erklärten Schiedspruch waren den Eisenbahnarbeitern 1 bis 2 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde zuerkannt. Die Gesellschaft zahlt nicht. Sie bezugt bedenkenlos deutsches Recht. Es sei kein Geld dafür vorhanden. Warum hat man dann den Betrag für die Leistungszulage, der für das Geschäftsjahr 1925 (vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1926, also über 15 Monate) 20 Millionen betrug, für die 12 Monate des Jahres 1926 auf 28 Millionen erhöht? Mittel wären also vorhanden. Warum sträubt sich die Gesellschaft zu zahlen? Weil sie einen Vorwand für ein kleines Geschäftchen gebraucht. Der verbindlich erklärte Schiedspruch vom 15. März 1925 mit seinen 3 Pf. Lohnerhöhung brachte der Reichsbahngesellschaft durch die 10prozentige Tarifierhöhung eine Mehreinnahme von 6,8 Millionen Mark pro Monat.

Der Schiedspruch vom 29. Dezember 1925 soll die gleiche Wirkung auslösen.

Die Reichsbahngesellschaft plant jetzt, unter dem strengsten Siegel der Vertraulichkeit, eine Ausdehnung und Erhöhung der Schnellzugzuschläge. Es ist in Aussicht genommen, die bestehenden Schnellzugzuschläge zu verdoppeln und gleichzeitig für die Benutzung von beschleunigten Eil- und Personenzügen Zuschläge in Höhe der jetzigen Schnellzugzuschläge neu einzuführen. Die Einführung einer Zone zu Zone I soll zur Schonung des Nahverkehrs eingeleitet werden, so daß in Zukunft statt drei Zonen deren vier sein werden.

Die Zone geht bis 35 Kilometer, Zone I von 36 bis 75 Kilometer, Zone II von 76 bis 150 Kilometer und Zone III über 151 Kilometer. In Eil- und Personenzügen betragen die Zuschläge in der

|                    | 8 u. 4 Kl. | 2. Kl. | 1. Kl.  |
|--------------------|------------|--------|---------|
| Rahzone . . . . .  | 0,25       | 0,50   | 1.— Kl. |
| Zone I . . . . .   | 0,50       | 1.—    | 2.—     |
| Zone II . . . . .  | 1.—        | 2.—    | 4.—     |
| Zone III . . . . . | 1,50       | 3.—    | 6.—     |

### In D-Zügen:

|                    |      |     |      |
|--------------------|------|-----|------|
| Rahzone . . . . .  | 0,50 | 1.— | 2.—  |
| Zone I . . . . .   | 1.—  | 2.— | 4.—  |
| Zone II . . . . .  | 2.—  | 4.— | 8.—  |
| Zone III . . . . . | 3.—  | 6.— | 12.— |

Bei Benutzung von D-Zügen soll neben dem tarifmäßigen D-Zug-Fahrpreis ein Sonderzuschlag in Höhe eines halben Schnellzugzuschlages der Zone III (in der 1. Klasse 6 M. und in der 2. Klasse 3 M. erhoben werden.

Die erforderlichen Vorbereitungen bei den Reichsbahndirektionen sind sofort einzuleiten, so daß diese Maßnahme nötigenfalls am 1. April dieses Jahres bestimmt durchgeführt werden kann. Daß der Presse von den ganzen Vorgängen keine Mitteilung gemacht werden soll, sei nur nebenbei bemerkt.

Die Reichsbahngesellschaft entwickelt sich immer mehr zu einer Geheimgesellschaft. Die Öffentlichkeit hat ein brennendes Interesse an diesen Vorgängen, deshalb diese Zeilen.

# Der französische Finanzkampf.

## Immer noch jährliches Defizit von 2 1/2 Milliarden.

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat in ihrer Nachsitzung die beantragte Erhöhung der Verkaufspreise für die Erzeugnisse des staatlichen Tabakmonopols abgelehnt. Die Erhöhung der Postgebühren sowie den Artikel 56, der eine Ersparnis von 500 Millionen fordert, zurückgestellt und schließlich die Angliederung der 3 Milliarden des Loucheschen Finanzgesetzes in das laufende Budget beschlossen. Nach den Berechnungen des Berichterstatters Lamoureux ist aus der Gesamtzahl der Artikel, die die Kammer angenommen hat, eine Einnahme von 1,6 Milliarden zu erwarten, so daß ein Defizit von insgesamt mindestens 2,4 Milliarden zu bedenken bleibt. Die Sitzung dauert zur Stunde noch an. Die Diskussion geht über die Zahlungssteuer, die von Doumer am Sonntag wieder eingebracht und am Montagabend von der Kommission erneut mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt worden ist.

## Briand erhielt Vertrauensvotum — bei sozialistischer Stimmenthaltung.

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Als Abschluß der Finanzdebatte stellte Briand heute morgen um 7 Uhr die Vertrauensfrage über die endgültige Verabschiedung der Finanzvor schläge. Mit 258 gegen 145 Stimmen wurde Briand das Vertrauen ausgesprochen. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. Die Kammer vertagte sich darauf auf den 24. Februar.

# Der alliierte Meinungs austausch.

## Vor einem Kompromiß in der Ratifrage.

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Erweiterung des Völkerbundesrates findet augenblicklich zwischen den alliierten Kabinetten ein sehr lebhafter diplomatischer Meinungs austausch statt. Für die Meinung, daß die deutsche Regierung ihre diplomatischen Vertreter im Ausland mit der Mitteilung beauftragt hat, daß Deutschland sich gezwungen sehen würde, sein Beitritts gesuch zum Völkerbund rückgängig zu machen, falls die Struktur des Völkerbundes verändert werden würde, liegt keine Bestätigung vor. Die Drohungen dieser Art, in denen sich ein Teil der deutschen Presse ergeht, werden unter diesen Umständen hier nicht allzu ernst genommen. Um so stärkeren Eindruck scheint dagegen hier die englische Opposition gegen eine Kandidatur Polens gemacht zu haben. In gut unterrichteten Kreisen neigt man zu der Auffassung, daß man einem Kompromiß zusteuert, das den Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege geht, daß man Polen vorerst einen der nicht permanenten Sitze im Rat zuerteilen werde.

## Vor dem Ausscheiden Belgiens.

Brüssel, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht, daß der belgische Völkerbundsdeputierte Hymans von seinem Posten zurückgetreten sei, ist verfehlt. Richtig ist, daß Hymans als liberaler Außenminister sich bereits seit längerer Zeit im Völkerbundsrat nicht besonders wohl fühlt und schon mehrfach mit Rücktrittsgedanken gespielt hat. Er scheint im übrigen zu vermuten, daß Belgien nach diesem Jahre keinen Sitz im Völkerbundsrat mehr erhalten wird. Falls Hymans zurücktritt, wird vermutlich de Broedere seinen Sitz im Rat einnehmen.

# Offizier und Republik.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete gestern im Plenarsaal des Preussischen Staatsrates (Herrenhaus) einen Republikanischen Vortragsabend, der in mehr als einer Beziehung bemerkenswert war. Ein Parkett von aktiven Schutzpolizeioffizieren, an ihrer Spitze Polizeipräsident Dr. Friedensburg, Polizeioberst Haupt und stellvertretender Kommandeur Polizeioberst Heimannsberg, hatte sich versammelt, um die Ausführungen zweier Redner, des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Richthofen und des aktiven Polizeioberleutnants Kölle, zu hören. Ferner bemerkte man unter den Erschienenen Bürgermeister Rielly, Stadtrat Brühl, Staatsminister a. D. Sieling, Senatspräsident Dr. Grohmann und Polizeidirektor Fiehn, den zukünftigen Polizeipräsidenten von Bielefeld. Der Saal war von geladenen Gästen bis hoch auf die Tribünen gefüllt.

Der Gausvorsitzende Frh Koch eröffnete und leitete die Versammlung und widmete besonders den erschienenen Polizeioffizieren warme Worte der Begrüßung. Diese erste Versammlung soll ein ehrlicher Versuch sein, republikanische Polizei und republikanisches Bürgertum einander näherzubringen. Darauf sprach der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Richthofen. Seine Ausführungen waren ein vornehmer, ehrlicher und sachlicher Versuch, zunächst einmal der Mentalität der Offiziere gerecht zu werden und sie sodann auf Grund der einmal vorhandenen Tatsachen an das Problem des neuen Staates als Republik heranzuführen. Ohne die Möglichkeit, hier auf Einzelheiten des äußerlich formvollendeten und innerlich von Wahrsamkeit und Treue zum Volksstaat zeugenden Vortrages eingehen zu können, sei nur erwähnt, daß die Quintessenz der Ausführungen war: Die Monarchie entspricht keineswegs den germanischen und deutschen Idealen, denn sie ist im Grunde genommen asiatischer bzw. byzantinischer Import und dem deutschen Ideal nach einem Volke freier, stolzer Staatsbürger fremd und feindselig. Es ist eine nationale Notwendigkeit, daß wir die Republik haben, es ist höchste patriotische Pflicht, daß wir die Republik auch haben, denn nur die Republik wird unser höchstes Gut erhalten und wahren; die nationale Einheit und Freiheit. (Anhaltender Beifall.) Darauf sprach Polizeioberleutnant Kölle über „Offizier und Republik“. Es dürfte vielleicht seit Jahren das erstmal gewesen sein, daß ein aktiver Offizier in einer quasi Volksversammlung vor einem Gremium von aktiven Offizieren einen Vortrag gehalten hat, der ein offenes und geradezu begeistertes Bekenntnis für die Republik war. Interessant war es, den seelischen Aufbau seiner Äußerungen rückwärts zu verfolgen. Kölle, wiewohl mit einer ganz unerwarteten Begabung zum Vortragsredner, war und ist durchaus Offizier. Er ist aber einer von denen, die sich hingeeßt und die Remoivollliteratur der letzten Jahre sehr gründlich studiert haben. Aus ihnen schöpft er die Wahrheit über den Verrat an dem deutschen Volk, und seine Empörung als ehrlicher Deutscher treibt ihn zu Worten der Kritik, wie man sie wohl aus dem Mund eines aktiven Offiziers noch nicht gehört hat. Ein Offizier, so sagt er, kann es nicht verzeihen, daß der oberste Kriegsherr sein Volk in der Stunde der höchsten Not verlassen hat. Ein Offizier kann es nicht verstehen, daß die ehemaligen Fürsten wiederum in der Zeit der grausamsten Not aus dem Volk Millionen herauspressen wollen. So kommt der Offizier fast zwangsläufig zum neuen Volksstaat. Aber es liegt in seiner Natur, daß er diesen neuen Staat, dem er Treue gelobt hat, auch nach außen stark und mächtig und in gebietender Autorität dastehen sehen möchte. Und hier vermischt der Offizier fast noch alles. Der Offizier hat sehr reges Verantwortungsgefühl, und es wird ihn aus tiefster Seele, wenn der neue Staat sich als zu schwach erweist, die Schwächen, die man gegen ihn erhebt, mit der Schärfe der Staatsautorität zurückzuweisen. Der zum Schluß erfolgende Hinweis auf einen kommenden Schuh- und Truhren republikanischer Offiziere, Beamten und Akademiker und eine ritterliche Verbeugung vor unserem toten Ebert lösten den tosenden Dankesbeifall der Versammlung aus, die mit einem brausenden dreifachen Hoch auf das deutsche Volk und seine neue Staatsform auseinandergeht.

# Die Ehe des Staatsanwalts.

## Sittenbilder aus der bürgerlichen Gesellschaft.

Ein Rattenkönig von Straf-, Zivilprozessen, Befähigungsfragen und Strafanzeigen, die alle ihren Ursprung in einem Ehescheidungsprozess eines früheren Staatsanwaltschöffen hatten, beschäftigt jetzt neun Jahren die hiesigen Gerichte. Ein ungeheurer Haß hat sich auf beiden Seiten angesammelt. Ein Glied in dieser Kette der Wirrungen bildete ein Strafprozess, der jetzt das Schöffengericht in Gestalt einer Anklage wegen Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen beschäftigt, und der sich gegen die geschiedene Frau des Staatsanwalts und deren jetzigen Mann, einen Hauptmann a. D. richtete. Das Schöffengericht brauchte 1 1/2 Stunde, um in diese Wirrnisse einermahnen Licht zu bringen.

Frau E., eine noch jetzt sehr schöne Frau, stammte aus einer Berliner angesehenen und reichen Familie. Als 23-jähriges Mädchen heiratete sie gegen den Willen ihrer Eltern den damaligen Assessor bei der Staatsanwaltschaft, Dr. Fr., der ebenfalls aus reichem Hause stammte und über ein großes Vermögen verfügte. Die Ehe soll von Anfang an nicht glücklich gewesen sein. Als 1917 ein bayerischer Offizier, Hauptmann a. D. G., der jetzige Angeklagte, nach Berlin kam und mit der Familie Fr. bekannt und vertraut wurde, ging die Ehe in die Brüche, weil der Hauptmann seiner Freundin, der Frau E., von den Beziehungen ihres Mannes zu anderen Frauen erzählt hatte. In dem Ehescheidungsprozess wurde der Staatsanwalt, der in der Folge auch wegen dieser Eheaffäre mit dem nachfolgenden Standal aus seinem Amt ausscheiden mußte, als allein schuldig befunden. E. und seine jetzige Frau hatten eidesstattliche Versicherungen abgegeben, daß ihre Beziehungen zueinander rein freundschaftliche gewesen seien, und daß ihnen jeder ehewidrige oder gar ehrebrecherischer Charakter gefehlt habe. Im Jahre 1924 hat Hauptmann a. D. G. die geschiedene Frau Staatsanwältin geheiratet. Jetzt unterlagen die eidesstattlichen Versicherungen des Ehepaars der Nachprüfung des Gerichtes auf ihre Richtigkeit. In der unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführten Verhandlung kam zwar sehr viel Hauskassisch, aber auch manches Bedeutsame zur Sprache. Ein Zeuge hatte beobachtet, daß nach einer Silberfeier bei der Heimfahrt Frau Fr. ihre Füße auf den Schoß des gegenüberstehenden Hauptmanns gelegt hatte, und daß dieser zärtlich die Beine streichelte. Der Zeuge und dessen Ehefrau, fanden das Benehmen ziemlich frei, obwohl der Ehemann auch im Auto saß. Ein andermal hatte der Hausfreund E. Frau Fr. auf Wunsch ihres Mannes, der verhindert war, ins Theater begleitet, und war dann mit ihr zu einer Nachigellschaft in einer Wohnung des Miinhobers eines bekannten Berliner Bankhauses gefahren, wo es sehr frei zuging. Der Vorstehende machte dem Angeklagten, der darin nichts finden konnte, Vorhaltungen, daß es sich doch wenig gezieme, die Frau des Freundes in so freie Gesellschaft zu führen. Ein anderer Zeuge hat zweimal morgens den Angeklagten auf dem Korridor eines Hotels am Potsdamer Platz getroffen, wo damals die Frau des Staatsanwalts wohnte. Das zweitemal legte der jetzt Angeklagte offen zu ihm: „Ich komme von Tatti und habe, da sie nach Torgau fährt, noch eine Nacht mit ihr verbracht.“ Staatsanwaltschöffe a. D. Dr. Fr. vertrat den Standpunkt, daß man ihn auf raffinierte Weise um sein Vermögen habe bringen wollen. Er habe bis zum Reichsgericht Prozesse wegen der Wäsche und des Schmuckes führen müssen. Der Staatsanwalt hielt den vollen Beweis für intime Beziehungen erbracht und beantragte gegen den Angeklagten E. ein Jahr Gefängnis und Haftbefehl, gegen die Ehefrau vier Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. Nach sehr langer Beratung kam das Schöffengericht unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Lehmann zu einer Verurteilung der beiden Angeklagten. Der Ehemann E. erhielt sechs Monate Gefängnis, die Ehefrau E. zwei Monate Gefängnis. Der letzteren wurde aber Strafaussetzung gegen Zahlung einer Buße von 200 M. bewilligt.

Es ist geradezu auffallend, wie milde dieses Gericht die falschen eidesstattlichen Versicherungen des ehemaligen bayerischen Herrn Hauptmanns und seiner jetzigen Frau, geschiedene Frau Staatsanwältin, beurteilt hat. Man wird sich das Urteil merken müssen.

# Ueberfall völkischer Randies auf Reichsbannerleute.

Einen unerhört frechen Ueberfall verübte gestern nacht gegen 12 Uhr ein größerer Trupp Nationalsozialisten auf einige von einer Veranstaltung heimkehrende Reichsbannerleute. Als diese die Joffener Straße an der Ecke der Büchelerstraße passieren wollten, wurden sie von einer größeren Zahl von völkischen Randies überfallen und mit Knütteln bearbeitet. Eine gerade hinzukommende Schupoatrouille griff energisch ein, konnte aber leider nur einen der Banditen, den Schlosser St. aus der Simeonstr. der der Nationalsozialistischen Partei angehört, festnehmen. Nach Zeugenauslagen kommt der Verhaftete als Räbelsführer in Frage. Die übrigen Parteipatrioten entkamen beim Erscheinen der Polizei wie gewöhnlich im Dunkel der Straße.

# Synagogeneinbruch.

Ein Diebstahl wurde gestern morgen in der Synagoge in der Passauer Straße, die viel von Ausländern besucht wird, entdeckt. Das Gotteshaus war vorgestern abend ordnungsmäßig abgeschlossen worden. Spuren eines gewaltsamen Einbruches waren nicht zu finden. Unbekannte Diebe mußten sich abends in einem Versteck haben einschließen lassen. Sie stahlen Geräte vom Klavier und aus einem Schrank, den sie aufbrachen, u. a. einen silbernen Leuchter, 30 Ztm. hoch, mit der Widmung „Rag Kempe“, einen 20 Ztm. hohen mit der Widmung „Julius Wisauer“, einen silbernen Kelch, der von der „Jamaite Adolf Knopf“ gestiftet ist, eine silberne Gewürzbüchse und ein silbernes Tablett mit 6 kleinen silbernen Bechern. Mitteilungen über das Aufsuchen des gestohlenen Gutes an Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 88 des Polizeipräsidiums.

# Die Freimilch für Erwerbslose.

Die Ausgabe von Milchkarten zum Bezuge von Freimilch für die Kinder von Erwerbslosen beginnt beim Bezirksamt Neukölln am Donnerstag, den 18. Februar d. J. Es erhalten täglich Kinder bis zum Alter von 2 Jahren 1 Liter Milch, Kinder bis zum Alter von 6 Jahren 1/2 Liter Milch. Den Empfängern von Erwerbslosenunterstützung, die auf diese Freimilchlieferung Anspruch erheben, wird in den Erwerbslosengaststellen ein Ausweis über ihre Erwerbslosigkeit sowie über Namen und Alter ihrer Kinder ausgefertigt. Mit diesem Ausweis begeben sie sich zur zuständigen Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle und stellen dortselbst dem Arzt die Kinder vor, für die sie Freimilch beantragen. Säuglinge (bis zu einem Jahr) werden in der regelmäßigen Sprechstunde der Säuglingsfürsorgestellen untersucht, Kleinkinder (1—6 Jahre) in den besonders hierfür eingerichteten Sprechstunden wochentäglich von 9—11 Uhr vormittags. In den Säuglingsfürsorgestellen werden die Milchkarten für 14 Tage ausgegeben. Bei weiterer Erwerbslosigkeit sind nach Ablauf der 14 Tage die Ausweise erneut bei der Erwerbslosengaststelle vorzulegen.

# Reichsarbeitsminister Brauns über die sozialen Probleme.

Der Volksverein für das katholische Deutschland hat gestern im Reichstag eine Mitgliederversammlung abgehalten. Sie sollte die geplante Werbetätigkeit in der Reichshauptstadt einleiten. Führende Mitglieder des Zentrums nahmen an dieser Rundung teil, so der Reichsbischof Dr. Dettmer, Justizminister Marx, Graf Berchthold, Dr. Stegerwald und Dr. Lammer. Die Vorträge sollten eine Einführung in die Arbeitsprobleme des Volksvereins geben. Als erster sprach Stadthaupt Dr. Adler: Nur ein Drittel bis ein Viertel der Intensität der Sonnenstrahlen dringt durch die Dunst- und Staubwolke, die aus Fabriken und Straßen emporgeschleudert, die Großstadt hermetisch von der Sonne abschließt. 300 000 bis 350 000 Kilogramm Kohlenoxyd könnte man jährlich aus der Luft der Reichshauptstadt herausziehen. Es ist erklärlich, daß die Lebensdauer des Großstädters durchschnittlich erheblich geringer ist, als die des Landbewohners. Ueber die sozialen Probleme der Großstadt sprach Reichsarbeitsminister Brauns. Das wichtigste soziale Problem ist die Lösung der Wohnungsfrage. Die Wohnungszwangswirtschaft wird heute sehr bekämpft und doch muß sie bleiben. Würde sie aufgehoben, würden wir bald als Mietpreise Summen hören, die unerschwinglich sind. Die Kredite für den Wohnungsbau sind schwer zu bekommen, weil sie sehr langfristige sein müssen. Die Frage, ob wir Inlands- oder Auslandskredite für den Wohnungsbau nehmen, ist gleichgültig. Wenn wir Inlandskredite nehmen, müssen eben andere Wirtschaftskreise, denen wir die inländischen Vermitteln wegnehmen, Auslandskredite aufnehmen. Wenn der Arbeiter schlecht wohnt, wird er erheblich weniger leistungsfähig sein und damit auch die Industrie unproduktiver. Wie haben die Sozialversicherung wieder aufgebaut und fügen neue hinzu, so die Arbeitslosenversicherung, die in Vorbereitung ist. Wir haben Heilstätten gedacht, in denen sich jährlich Tausende von Kindern zur Erholung aufhalten. Was nützen aber diese Heilstätten, wenn die Kinder in das alte Elend zurück müssen. Sehr temperamentvoll und mit eindringlichen Worten die sozialen Zustände gehend sprach Dr. Sonnenstein, ein Mann, der tagtäglich das Elend in Berlin mit ansieht und Beispiele in Fälle anführt, wie unsozial weite Kreise in Berlin leben müssen. Er sagt: Du kaltes, graufames, hartes, anonymes Berlin, wo der Mensch hart und kaltherzig an den Leiden seiner Nebenmenschen vorübergeht. Sollte gerade all das Elend, das Anhänger des Zentrums in so bereiten Worten schildern, nicht auch im Zentrum Empörung auslösen gegen unsere Fürsten, die trotz alledem aus diesem gequälten Volke so unerhörte Summen herauspressen wollen.

# Vorkampf im Film.

Der berühmte Vorkampf Paolino—Diener, der das Tagesgespräch ganz Berlins war, kann jetzt auch von allen nicht Dabeigewesenen genossen werden, denn er wurde im Film von Regisseur Abter festgehalten. Es ist kein Film mit wunderbar klaren Bildern, wie man das bei einem für einen Spielfilm gestellten Vorkampf gewohnt ist, was, falls der Regisseur es beabsichtigt, bei der Aufnahme eine Runde noch einmal ausgefacht werden kann. Bei diesem in den Richard-Oswald-Lichtspielen vorgeführten Film handelt es sich eben um eine bildliche Wiedergabe des Kampfes, und wenn auch zwei Runden fehlen, so birgt sie dennoch für die Vorkampfgemeinde außerordentlich viel interessante Momente. Man behauptete unwillkürlich, daß man die letzte, so energisch ausgefachte Runde nicht in einer Zeitspaufnahme sah.

Ein Opfer grenzenloser Rücksichtslosigkeit wurde gestern abend der 8 Jahre alte Schüler Rudi Walow aus der Strahmannstraße. Der Knabe befand sich auf der Plattform der Linie 31, als er an der Haltestelle vor dem Hause Petersburger Str. 29 von einem bisher noch unbekannten Mann heruntergestoßen wurde, so daß das unglückliche Kind unter den Anhängen geriet. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Feuerwehr schaffte die kleine Leiche fort. Es wäre notwendig, daß noch nachträglich versucht wird, den Mörder zu ermitteln.

„Enmünger Straßprojekts“. In dem heute morgen erschienenen Bericht über den Vortrag des Anstaltsrats Karl Reumann ist ein Fehler unterlaufen. Es mußte nicht heißen: „Die Wörwürde, die den Richtern gemacht werden, seien zum größten Teil gerechtfertigt“, sondern nicht gerechtfertigt. Das war die richtige Ansicht des Vortragenden.

Vom Drauhans zum Jugendheim. In Rotenburg an der Fulda wurde nach einer kirchlichen Rücksicht in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, das kommunale Drauhans zu einem Jugendheim ausbauen zu lassen. Diesem zeitgemäßen Vorgehen kann man vom Standpunkt der Jugend- und Volkswohlfahrt aus recht viel Nachfolge wünschen.



# Die Schneidereigenenschaft „Hoffnung“.

## Zu ihrem 20jährigen Bestehen.

„Früh gewagt, ist halb gewonnen!“ So dachten auch vor nunmehr 20 Jahren, am 16. Februar 1906, die sieben Schneidergesellen, die mit einem Gesamtvermögen von 10 000 M. die Berliner Schneidereigenenschaft „Hoffnung“ ins Leben riefen. Lange und reichlich hatten sie den Plan überlegt, einen Betrieb auf rein genossenschaftlicher Grundlage aufzubauen, dessen Zweck es sein sollte, der Arbeiter- und Angestelltenarbeit gute und preiswerte Bekleidung zu liefern, gleichzeitig aber auch ihre Arbeiter zu Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, die weit über den damals üblichen Rahmen hinaus gingen. Sie mußten von vornherein damit rechnen, daß ihnen die gesamte Berliner Geschäftswelt mißtrauisch oder gar feindselig gegenüberstehen und jede sich bietende Gelegenheit ergreifen würde, der Genossenschaft den Garaus zu machen. Die moralische Unterstützung der Partei und Gewerkschaften im Verein mit der zielbewußten Leitung des Geschäftsführers Genossen Kaut haben jedoch die Bekämpfungsmethoden jener Kreise bald unwirksam gemacht und das Unternehmen zu einem der leistungsfähigsten und geschäftlichsten Betriebe in der Berliner Bekleidungsindustrie heranwachsen lassen.

Es dauerte keine fünf Monate, da mußte man schon 15 Schneider beschäftigen, um die Aufträge bewältigen zu können. Der Umsatz betrug am Schlusse des ersten Geschäftsjahres bereits 78 000 M., eine für die damaligen Verhältnisse und für die Kürze des Bestehens ansehnliche Summe. Die Stofflieferanten lieferten zunächst nur gegen Barzahlung, räumten jedoch bereitwillig Kredite ein, als sie die solide Grundlage der Genossenschaft und ihren langsame, aber stetigen Aufstieg erkannt hatten. Immer mehr Räume mußten gemietet und zu Werkstätten, Lager- und Verkaufsräumen umgebaut werden, um den steigenden Anforderungen und Aufträgen der Kundschaft gerecht zu werden. Im Jahre 1910 wurden bereits 47 Schneider beschäftigt und ein Umsatz von 189 000 M. erzielt; 1913 stieg die Zahl der Beschäftigten auf 54, der Umsatz auf 270 000 M. Ganz gewaltige Anforderungen wurden an

### Die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft

während des Krieges gestellt. Die Räume in der Brunnenstraße 185 reichten nicht mehr aus, um die Aufträge zu bewältigen, so daß erst in der Charitéstr. 3 und im Jahre 1917 in der Brunnenstraße 181 weitere Fabrikationsräume gemietet werden mußten. 1918 wurden insgesamt 121 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt und ein Umsatz von 325 000 M. für Zivil- und von 314 000 M. für Militärfachen erzielt. Die ungünstige Wirtschaftslage in den Nachkriegs- und Inflationsjahren nötigte auch dieses Unternehmen, Umstellungen und Betriebseinsparungen vorzunehmen. Es wurden einige ungünstig gelegene Werkstätten und sonstige Räume im Stammhaus Brunnenstr. 185 aufgegeben und dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, die gut gelegenen Fabrikationsräume in der Brunnenstr. 181 aber beibehalten. Das verheerende Inflationsjahr 1923 wurde infolge der umsichtigen Geschäftsleitung und des soliden Fundaments der Genossenschaft verhältnismäßig gut überstanden. Das erste Jahr mit fester Währung, 1924, schloß ab mit einem Umsatz von 292 000 M. bei 56 beschäftigten Schneidern. In diesem Jahre reifte auch der seit langem gehegte Gedanke, die Verschmelzung mit der Konsumgenossenschaft

herbeizuführen. Am 1. Januar 1925 wurde dieser Zusammenschluß vollzogen und dadurch die Möglichkeit geschaffen, das Unternehmen noch weiter auszubauen als bisher. Das Geheimnis des wirtschaftlichen Erfolges dieser Produktionsgenossenschaft ist nicht schwer zu erründen, es ist die Art der Geschäftsführung und das Geschäftsprinzip überhaupt. Neuzzeitliche Fabrikationsmethoden, Qualitätsarbeit, genaueste Kalkulation der Verkaufspreise, vernünftige Entlohnung der Arbeiter und soziales Entgegenkommen gelten hier als Geschäftsgrundsätze im Gegensatz zum privaten Unternehmertum. Während das vergangene Jahr 1925 besonders für die Bekleidungsindustrie ein Jahr des geschäftlichen Rückganges war, so war es für die Schneidereigenenschaft „Hoffnung“ ein Jahr weiteren Aufstieges. Als dort die Arbeiter entlassen wurden, mußten hier noch welche eingestellt werden, so daß es am Ende des vorigen Jahres bereits 65 waren. Der Jahresumsatz stieg auf eine halbe Million Mark. Die Genossenschaft zahlt ihren Arbeitern die tariflichen Löhne und überschreitet die Tariflöhne, wo sie nicht sehr hoch sind. Sie gewährt ihren Arbeitern längeren Urlaub, als es im Tarifvertrag vorgesehen ist. So erhält z. B. ein Arbeiter nach fünfjähriger Tätigkeit 3 Wochen Urlaub anstatt 8 Tage, wie der Tarif vorschreibt. Im Krankheitsfalle bekommt er ein Vierteljahr seinen vollen Lohn ausgezahlt. Jeder Arbeiter gehört der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an und hat bei eintretender Arbeitsunfähigkeit nach fünfjähriger Mitgliedschaft 20 Proz. seines Lohnes als Pension zu beanspruchen, steigend bis zu 60 Proz. nach 40jähriger Mitgliedschaft. Die Genossenschaft ist stets bemüht gewesen, ihre Arbeitsräume den hygienischen Anforderungen anzupassen, die von der Arbeiterschaft gestellt werden, in den meisten Betrieben aber noch sehr im argen liegen. Es ist selbstverständlich, daß die „Hoffnung“ nur gute und möglichst preiswerte Erzeugnisse herstellt. So gibt es dort z. B. einen guten Konfektionsanzug für 65 M., einen wirklich guten Mahanzug für 150 M. Der beste Mahanzug aus rein englischem Stoff kostet 190 M. Gemiß sind diese Preise heute für viele Arbeiter unbezahlbar, sie sind aber für gleichartige Erzeugnisse in anderen Geschäften noch bedeutend höher. Neben Konfektions- und Maßbekleidung führt die „Hoffnung“ auch Arbeiterberufsbekleidung zu soliden Preisen. Vom 1. April werden die alten Verkaufsräume nach dem jetzigen

### Warenhaus der Konsumgenossenschaft, Brunnenstr. 186.

verlegt, wodurch eine größere Zentralisation des Verkaufsgeschäfts erreicht werden wird. Alles in allem muß gesagt werden, daß die Schneidereigenenschaft ein typisches Beispiel für die Richtigkeit des genossenschaftlichen Gedankens ist. Wenn so manche Versuche auf dem Gebiete der Produktionsgenossenschaft scheiterten, so deshalb, weil es von vornherein an den notwendigen Mitteln und den geschäftlichen Erfahrungen gefehlt hat. Die Arbeitnehmerschaft muß zunächst als Konsument die Genossenschaftsbewegung nach besten Kräften unterstützen. Eingeleitete Betriebe bilden einen Stützpunkt der modernen Arbeiterbewegung und eine Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Gemeinwirtschaft. Die Schneidereigenenschaft „Hoffnung“ ist ein solches Unternehmen.

### Notstandsarbeiten bei der Reichsbahn.

#### Forderungen des Landeseisenbahnrates.

BS. Der Landeseisenbahnrat, der aus Vertretern der zuständigen Reichsstellen, der Kommunen, von Handel, Industrie und Arbeitnehmerorganisationen besteht, trat dieser Tage nach dreijähriger Arbeitspause wieder einmal zu einer Sitzung zusammen. Die letzte Sitzung — im Jahre 1923 — war aufgelassen, weil man sich über die Zusammenfassung eines zu wählenden fünfgliedrigen Ausschusses nicht einigen konnte. Diese Einigung kam in der jetzigen Sitzung zustande, und darüber hinaus beschäftigte sich der Landeseisenbahnrat auch mit einer Reihe von Problemen, die im Augenblick von größter Wichtigkeit sind. Von den Arbeitnehmervertretern wurde die Arbeitslosenfrage angeschnitten und dabei insbesondere an die Reichsbahn die Forderung gerichtet, durch Einleitung von Notstandsarbeiten die Not der Erwerbslosen zu lindern. In der gleichen Richtung bemeinten sich Ausführungen des Berliner Oberbürgermeisters Böck, der sich vor allem dagegen verwahrte, daß man den Kommunen allein die Schaffung von Notstandsarbeiten überlasse. Die Reichs- und Staatsbehörden hätten in dieser Hinsicht ganz die gleichen Pflichten. Ebenfalls auf Anregung der Arbeitnehmer wurde ferner an die Reichsbahn das Ersuchen gerichtet, Arbeitslosen Wochentarten zuzubilligen, wobei die Erwerbslosenkarte als Legitimation an Stelle der sonst erforderlichen Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers treten soll.

### Erneute Kampfansage der Uhrenindustriellen.

Vom Verband der Uhrenindustrie Donauwörthens ist den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen das seit Jahren bestehende Kollektivabkommen in vollem Umfange gekündigt worden. Es ist damit zu rechnen, daß durch die Kündigung des Kollektivabkommens wesentliche Verschlechterungen herbeigeführt und damit neue Kämpfe in der Uhrenindustrie entfesselt werden sollen.

### Internationale Wanderungskonferenz.

#### Massnahmen gegen die Schäden der Wanderungen.

Auf Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes fand am 5. Februar in Luxemburg eine von französischen, belgischen, luxemburgischen und italienischen Vertretern besuchte internationale Wanderungskonferenz statt, die sich mit der Lage in den industriellen Grenzgebieten Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und Deutschlands sowie mit der internationalen Wanderungsfrage im allgemeinen befaßte.

Nach einem einleitenden Referat von A. Krier, Sekretär der luxemburgischen Gewerkschaftskommission, über die Ein- und Auswanderung in den letzten Jahren, ihre wirtschaftlichen Folgen und den Stand der gewerkschaftlichen Organisation in den Grenzgebieten, wobei er auf die jeder Beschäftigung spottende moralische und materielle Lage der 200 000 in Luxemburg beschäftigten fremden Arbeiter hinwies, wurde speziell der von Krier unterbreitete Vorschlag auf Einsetzung eines internationalen Komitees besprochen. Nach einer eingehenden Diskussion wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die auf Einladung des IOB, am 5. Februar 1926 in Luxemburg abgehaltene internationale Wanderungskonferenz, die sich mit dem Problem der gewerkschaftlichen Organisation in den industriellen Grenzgebieten Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Luxemburgs befaßte, begrüßt die vom IOB auf diesem Gebiete eingeleiteten Bestrebungen, nimmt Kenntnis von den Resolutionen der belgischen Gewerkschaftskommission, des französischen Gewerkschaftsbundes und des 5. luxemburgischen Gewerkschaftskongresses und unterbreitet dem Vorstand des IOB, folgenden Beschluß: Es soll ein internationaler, aus je einem Delegierten der besonders an der Wanderungsfrage interessierten Länder zusammengesetzter Ausschuss gebildet und ihm die Aufgabe übertragen werden, unter der Kontrolle des IOB, a) die eingewanderten Arbeiter in den Gewerkschaften der Einwanderungsländer zu organisieren, und b) die Anwerbung der ausländischen Arbeiter, ihre Arbeits-, Lohn- und Wohnverhältnisse zu überwachen.“

Die Konferenz legt dem IOB, nahe, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchführung dieser Aufgabe notwendig sind, und im besonderen die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Im Hinblick auf die Gefahren, die sich aus der Wirtschaftskrise in naher Zukunft in verschiedenen wichtigen Industrieländern ergeben können, lenkt die Konferenz die Aufmerksamkeit des IOB, auf die Dringlichkeit eines alleinigen Studiums des Einwanderungsproblems. Um nicht von den Ereignissen überrascht zu werden, ist es schon jetzt angezeigt, gegen die sozialen Schäden, die aus einer größeren Arbeitslosigkeit für diese Länder entstehen können, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Die Konferenz betrachtet es deshalb für angezeigt, daß der für den Monat Mai in London anberaumte Weltwanderungskongress Maßnahmen in Erwägung zieht, um einer Desorganisation des Wanderungswesens möglichst zuvorzukommen.“

Der in vorstehender Resolution vorgeschlagene Ausschuss für die Einwanderungsländer Frankreich, Belgien und Luxemburg soll baldmöglichst vom IOB, im Einverständnis mit der luxemburgischen Gewerkschaftskommission eingesetzt werden.

### Produktive Notstandsarbeiten.

München, 13. Februar. (W.Z.) Entsprechend den Bemühungen der bayerischen Staatsregierung, auch ihrerseits durch Inangriffnahme öffentlicher Bauarbeiten der Arbeitslosigkeit zu steuern, ist nunmehr der zweite Ausbau der Großwasserkraftanlage der mittleren Isar in Angriff genommen worden. Er umfaßt den Ausbau der 4. Kraftstufe mit 21 000 PS, die Anlage eines 35 Millionen Kubikmeter umfassenden Speicherweihers sowie die Anlage von Fischteichen im Ausmaß von 233 Hektar. Zunächst ist mit den Vorarbeiten am Speicherwehr und an den Fischteichen begonnen worden. Die Ausschreibung der großen Bauarbeiten, die etwa 2500 Arbeitern Beschäftigung gibt, wird für den gesamten zweiten Ausbau voraussichtlich in Bälde erfolgen.

### Vom Sieben zum Achtfundentag.

London, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im englischen Parlament wird ein Gesetzentwurf eingebracht, der die achtstündige Arbeitszeit für diejenigen Beamten vorschreibt, die nach Inkrafttreten des Gesetzes in den Staatsdienst treten. Für die jetzigen Beamten bleibt die siebenstündige Arbeitszeit bestehen.

### Der englische Hungertreib geht weiter.

Wie die Ill. aus London berichtet, sind die Bemühungen des englischen Arbeitsministeriums um eine Beilegung des Hungertreibs fehlgeschlagen. Infolge dessen waren auch am Montag noch 1300 englische Schiffe ohne Bedienung der Hungertreibanlage auf dem Meere. „Daily Herald“ bezeichnet diese Verhältnisse als recht beunruhigend, da die Sicherheit der Schiffe damit gefährdet sei.

### Gewalttätige Streikunterdrückung.

Aus Anlaß der kürzlich getroffenen Maßregeln der portugiesischen Behörden gegen die streikenden Eisenbahner in Mosambik (Portugiesisch-Ostafrika), hat das Sekretariat der I.F.J. an die portugiesische Regierung ein Protesttelegramm geschickt und die Herstellung des uneingeschränkten Koalitionsrechtes gefordert.

Auf dem Pressebericht der I.F.J. vom 5. Februar wurde der Streik, der sich gegen eine Lohnföhrung richtete, von den Behörden beantwortet mit der Mobilisierung des Personals, der Deportation der Hauptstreikenden — 200 an der Zahl — nach Portugal, Unterdrückung der Veröffentlichungen, Schließung des Volkshauses in Lourenço Marques und Ausweisung von Angehörigen aus ihren Dienstwohnungen. Ferner wurden Streikende als Geiseln an der Spitze aller mit Streikbrechern besetzten Züge mitgeführt.

In den belgischen Steinbrüchen von Lessines und Bierges ist ein Streik ausgebrochen, an dem 4500 Arbeiter beteiligt sind.

### Aus der Partei.

#### Eigene Sammellisten!

Auch an dieser Stelle wollen wir nochmals darauf hinweisen, daß zur Aufbringung der Kosten für das Volksbegehren keine gemeinsamen Sammellisten herausgegeben werden. Vom Berliner Bezirksvorstand wurde schon auf das Täuschungsmanöver der Kommunisten hingewiesen. Doch in Berlin treiben die Kommunisten ihr unehrliches Spiel noch gewissermaßen verdeckt. Dagegen wird aus Leipzig und auch aus Mannheim bekannt, daß Sammellisten im Umlauf sind, besonders in den dortigen Großbetrieben, die die Unterschrift: „Kommunistische und sozialistische Fraktion“ tragen. Unsere Mannheimer Organisationsleitung fordert direkt auf, solche Sammellisten anzuhaken und sie an das Parteibureau abzuliefern.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß nach den von den Zentralen beider Parteien getroffenen Abmachungen die Agitation und auch die Sammlungen selbständig von jeder Partei betrieben werden. Unser Parteivorstand hatte schon vor einigen Tagen eine Warnung erlassen und die Genossen ersucht, solche „gemeinsame“, d. h. kommunistische Listen zurückzuziehen und Beiträge nur auf unsere Listen zu zeichnen. Unsere Genossen und Freunde müssen es ablehnen, Beiträge für die KPD zu zeichnen, damit die Kommunisten ihre schlappen Parteifinanzien auffrischen können.

### Liebknecht- und Freiligrath-Gedenkfeiern.

Am 29. März d. J. sind es 100 Jahre, daß Wilhelm Liebknecht geboren wurde, während sich am 18. März der 50. Todestag Ferdinand Freiligraths jährt. Den Arbeiterorganisationen, insbesondere den Bildungsausschüssen und Kulturkreisen erwächst die Aufgabe, an beiden Tagen würdige Gedenkfeiern zu veranstalten. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit hat im Rahmen der Schriftenreihe „Arbeiter-Bildung“ aus diesem Anlaß zwei neue Hefte herausgegeben. Hest 10 ist vom Genossen Kampffmeier bearbeitet und Wilhelm Liebknecht gewidmet. Es enthält eine Würdigung des großen Führers, gibt ein Lebensbild sowie eine Uebersicht über seine Schriften, ferner sind Vorschläge für die Gestaltung der Liebknecht-Gedenkfeiern beigelegt. In ähnlicher Weise ist Hest 11 der „Arbeiter-Bildung“ vom Genossen Heinrich Schulz bearbeitet. Beide Hefte sind zum Preise von 50 Pf. (Einzelheft 25 Pf.) einschließlich Porto gegen Voreinblendung des Betrages oder unter Nachnahme vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Kewer; Wirtschaft: Erich Göttermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Göttermann; Redaktion: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Fritz Karkötter; Anzeigen: Th. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Verlags: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**HUNDE**  
Katz, Papageien und alle Haustiere werden behandelt  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neues Kriegerkrankenhaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**Städtische Bauwerksschule Berlin**  
W. 35, Kurfürstenstr. 111  
Abteilungen für Hoch- und Tiefbau usw.  
Semestertag: Mittwoch, 7. April 1926  
Anmeldungen: Täglich v. 8 bis 4 Uhr  
im Bureau — Teichm. Marienstr. 39

**Auf Teilzahlung**  
Herren- u. Damen **Garderobe**  
**Möbel aller Art**  
Stühle, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metallbetten.  
4. und 6. Woche- od. Monatsraten  
**Antel, Gr. Frankfurter Str. 34**  
Strausberger Platz  
Gegründet 1901

**Graue Haare**  
beseitigt unser **Haarfarbewiederhersteller**  
**Youpla**  
Fl. M. 1.—  
Nur eine Flüssigkeit.  
Frei von allen schädlichen Bestandteilen  
**Ständige Gesichtshaare**  
entfernt unschädlich  
unser **Haarentferner**  
**Mirol**  
Fl. Z.—  
Kopp & Joseph, Potsdamer Str. 122.

**A. Behelm-Schwarzbachs**  
**Kaufmännische Privatschule**  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Anmeldung, Gunglhoferstr. 1  
und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)  
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1-Jahres-  
Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1063.

  
**Mieten Sie von uns**  
**Wäscherollen,**  
**Waschmaschinen,**  
diese sind in 6 Monaten Ihr Eigentum.  
Auf Wunsch Sander-Prospekt.  
**P. Radclatz & Co.**  
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 122-123.

  
**URANIA**  
12 Monatshefte  
und 4 Bücher  
**Der Proletarische Kosmos**  
Zu beziehen durch die Annahmestellen  
und die Botenposten des „Vorwärts“  
sowie durch die Buchhandlung  
**J. H. W. Dietz Nachflg.**  
Lindenstr. 2, Laden.

**Ischias**  
Schmerzmittel  
Krankheitsmittel  
Krankheitsmittel  
Krankheitsmittel  
Krankheitsmittel

**Metallbetten**  
Stahlmattens, Kinderbetten, Stühle, etc.  
Kat. 650 fr. Eisenmöbel, Suhl, Thür.

**Berliner Elektriker**  
**Genossenschaft**  
Gesellschaft der Ver. elektr. Facharbeiter  
Berlin N. 24, Eisbasser Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 652, 65 6  
Filiale Westen, Wilmersdorf,  
Landhausstr. 1. Tel.: Pflanzburg 951  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Ver-  
kauf aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit